

Zur Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland –
Kommentare zu den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung

Richard Hauser

Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Vortrag

im Rahmen der Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren in der DGS
in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
zum Thema

Steigende Armut, Polarisierung, Re-Stratifizierung:
Eine Trendwende der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland?

am 2. – 3. Juni 2005 am WZB in Berlin

1. Zur Einführung

Das Thema unserer Tagung lautet: „Steigende Armut, Polarisierung, Re-Stratifizierung: Eine Trendwende der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland?“ Für den Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung und der Einkommensarmut legt der in Frageform gehaltene zweite Teil dieser Themenformulierung die Vermutung nahe, dass *erst jetzt* eine Trendwende hin zu steigender Armut und Polarisierung eingetreten sei. Dies ist aber nicht zutreffend. Meine Hauptthese lautet vielmehr:

„Wir sehen uns einem Prozess der zunehmenden Ungleichheitsentwicklung bei den Einkommen gegenüber, der kurz nach dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit im Jahr 1974 eingesetzt hat und der nur bei kurzzeitigen, mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit verbundenen Konjunkturerholungen unterbrochen wurde. Diese Entwicklung vollzog sich bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1990 nur in Westdeutschland, hat aber nach der Wiedervereinigung verschärft auf Ostdeutschland übergegriffen. Es gibt überdies aufgrund der im Rahmen der Agenda 2010 vorgenommenen Reformen - u. a. die Hartz IV-Gesetze - gut begründete Argumente, dass diese Entwicklung noch längere Zeit anhalten wird. Eine Zunahme der Ungleichheit bei der Verteilung der Nettovermögen kann aber nicht nachgewiesen werden“

Ich werde im Folgenden meine Hauptthese auf Basis der Ergebnisse zur Einkommens- und Vermögensverteilung, die im Ersten und im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001 und 2005) und in den diese Berichte vorbereitenden Gutachten enthalten sind, belegen.

Die Darstellung stützt sich hauptsächlich auf Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes. Die Einzeldaten dieser Stichproben sind nunmehr als Scientific Use Files für wissenschaftliche Auswertungen verfügbar. Diese umfangreiche, alle fünf Jahre erhobene Stichprobe erfasst jedoch die Randbereiche der Einkommens- und Vermögensverteilung nicht vollständig; insbesondere sind sehr reiche Haushalte sowie Sozialhilfeempfänger und Ausländer untererfasst. Außerdem werden bestimmte Vermögensarten nicht erfasst: Es sind dies erstens die Eigentums- und Beteiligungsrechte an Einzelunternehmen, Personengesellschaften und GmbHs sowie an nicht an der Börse gehandelte

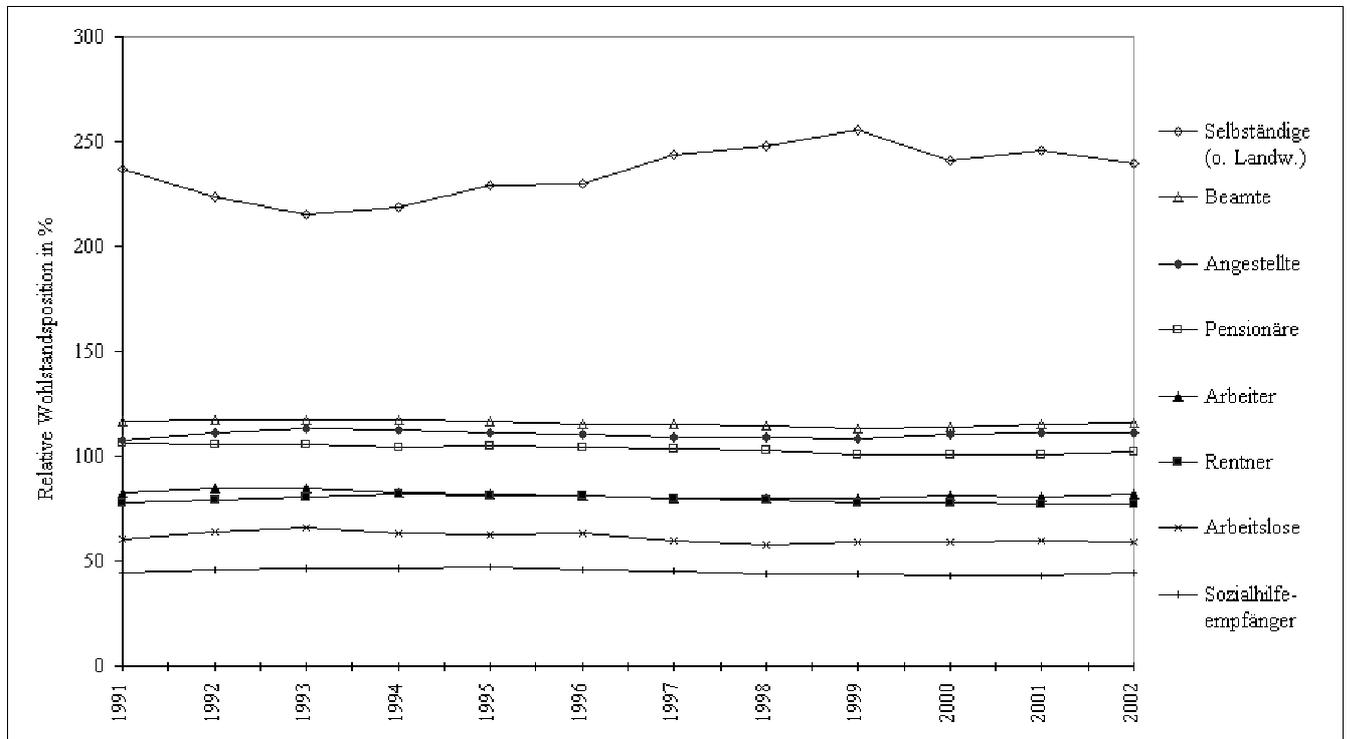
Aktien von Aktiengesellschaften, zweitens das Gebrauchsvermögen einschließlich Schmuck und Kunstwerke, sowie drittens das Sozialvermögen, d.h. den Wert der Ansprüche an die Sozialversicherungen und an die Unternehmen auf Betriebsrenten. In Bezug auf die Einkommen stellen die im folgenden genannten Werte von Verteilungsmaßen daher Untergrenzen dar. Die Einkommensverteilung ist in Wirklichkeit noch ein Stück ungleicher. In Bezug auf die Vermögensverteilung bewirkt das Fehlen der Eigentumsrechte an Unternehmen ebenfalls eine Unterschätzung der Ungleichheit. Würde man Gebrauchsvermögen und Sozialvermögen hinzunehmen, so würde sich die Vermögensverteilung allerdings weniger ungleich darstellen. Wer sich stärker mit diesen statistischen Problemen befassen möchte, sei auf die methodischen Abschnitte in den Armuts- und Reichtumsberichten und in den sie begleitenden Einzelgutachten verwiesen.

2. Die trendmäßige Entwicklung der Wohlstandspositionen nach sozialer Stellung im Überblick

Zunächst sehen wir uns die Verteilung der durchschnittlichen Wohlstandspositionen für 10 Gruppen, gegliedert nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, an. Diese Zahlen beruhen auf kaum bekannten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes, die seit 1972 vorliegen, in Abbildung 1 aber nur für den Zeitraum von 1991 bis 2002 für Gesamtdeutschland dargestellt sind. Dabei ist die durchschnittliche Wohlstandsposition einer Gruppe definiert als das Verhältnis der durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen aller Personen in der jeweiligen Gruppe zum durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen der gesamten Bevölkerung. Alle Mitglieder eines Haushalts werden dabei der Gruppe zugeordnet, der der Haushaltsvorstand angehört. Das Nettoäquivalenzeinkommen einer Person ergibt sich aus dem Haushaltsnettoeinkommen dividiert durch die Summe der Personengewichte der Haushaltsmitglieder. Dabei erhält der Haushaltsvorstand das Gewicht von 1,0, weitere Haushaltsmitglieder über 14 Jahre Gewichte von 0,5 und jüngere Kinder Gewichte von 0,3. Das Nettoäquivalenzeinkommen ist also ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, wobei die Gewichte auf der so genannten modifizierten OECD-Skala beruhen, die neuerdings auch von der Europäischen Union für die Berichte im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung verwendet wird. Begründet wird diese Gewichtung mit Einsparungen beim gemeinsamen Wirtschaften in einem Haushalt und mit dem geringeren Bedarf von Kindern.

Abbildung 1

Relative Wohlstandspositionen¹ nach der sozialen Stellung der Bezugsperson 1991 - 2002,
Bezug: neue OECD-Skala



¹ Gruppendurchschnittliches Nettoeinkommen je Verbrauchereinheit (nach neuer OECD-Skala) in Relation zum Gesamtdurchschnitt. Das Nettoeinkommen ist definiert als verfügbares Einkommen (nach dem Ausgabenkonzept) abzüglich unterstellter Einkommen (Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen, Einkommen für selbstgenutztes Wohneigentum) und Erstattung privater Krankenkassen für beanspruchte Gesundheitsleistungen sowie Beihilfen an Beamte und Pensionäre.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2003b); eigene Berechnungen.

Man erkennt aus Abbildung 1 eine weitgehende Konstanz in der Rangfolge der Haushaltsgruppen – genauer: der Personen in den jeweiligen Haushaltsgruppen - und nur geringfügige Verschiebungen der Abstände. Lediglich die Rentner haben zeitweise mit den Arbeitern gleichgezogen, sind dann aber wieder etwas zurückgefallen. Auf dem untersten Rang liegen die Sozialhilfeempfänger mit etwas weniger als der Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts und nur einer leichten Verschlechterung im Zeitablauf, auf dem obersten Rang befinden sich die Selbständigen (ohne Landwirte), wobei deren Position stärkeren Schwankungen um knapp das 2,5-fache des Durchschnitts unterlag. Arbeitslose nehmen die zweitunterste Rangposition ein, dann folgen noch deutlich unter dem Durchschnitt die Rentner und die Arbeiter. Knapp über dem Durchschnitt liegen die Pensionäre, die Angestellten und die Beamten.

Aus dieser Darstellung kann man keinen Trend zunehmender Ungleichheit ableiten. Man kann hieraus aber auch nicht auf eine weitgehende Konstanz der personellen Einkommensverteilung schließen; denn Veränderungen der Gruppengröße und sich kompensierende Einkommensverschiebungen werden in dieser immer noch zu hoch aggregierten Darstellung nicht sichtbar. Man muss sich auf die Ebene der einzelnen Haushalte und Personen begeben.

3. Trends der personelle Einkommensverteilung 1973 - 2003

Die Armuts- und Reichtumsberichte behandelt die gesamte Verteilung der Einkommen. Dabei sind drei Ebenen zu unterscheiden:

- 1) die Verteilung der *Markteinkommen auf die Bezieher* (wie wenn es keine Steuern, Sozialbeiträge und Sozialleistungen gäbe),
- 2) die Verteilung der *Markteinkommen auf alle Personen*; dabei werden in jedem Haushalt die zufließenden Markteinkommen entsprechend der Äquivalenzskala auf alle Personen verteilt.
- 3) die Verteilung der *Nettoeinkommen* (Markteinkommen abzüglich direkter Steuern und Sozialbeiträge und zuzüglich aller Sozialleistungen) auf alle *Personen*, wobei auch hierfür die Äquivalenzskala verwendet wird.

Bei Betrachtung der Verteilung auf der ersten Ebene erkennt man die Ungleichheit der Lohn-, Selbständigen- und Vermögenseinkommen. Auf der zweiten Ebene sieht man, wie die Verteilung auf alle Personen aussähe, wenn der Sozialstaat nicht intervenieren würde, d.h. wenn es keine direkten Steuern und kein System der sozialen Sicherung gäbe. Erst auf der dritten Ebene erkennt man die für die Lebenslagen maßgebliche Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf die Personen. Beim Vergleich der ersten mit der zweiten Ebene ist zu erkennen, wie durch die Personen, die kein Markteinkommen beziehen (Kinder, alte Menschen, Arbeitslose, Erwerbsunfähige), die Ungleichheit beeinflusst würde, wenn sie ohne die Leistungen des sozialen Sicherungssystems mit ernährt werden müssten. Beim Vergleich der zweiten und der dritten Ebene kann man sehen, wie der Sozialstaat die Ungleichheit vermindert, indem er für die von sozialen Risiken Betroffenen Sozialleistungen bereitstellt und diese durch Abgaben und Steuern finanziert.

Selbstverständlich kann man diese Betrachtung nicht für die unüberschaubar große Anzahl aller Haushalte anstellen. Man braucht ein zusammenfassendes Verteilungsmaß, das die Ungleichheit in einer einzigen Zahl ausdrückt. Dies ist beispielsweise der Gini-Koeffizient. Er bewegt sich zwischen 0 % und 100 %. Ein Wert von 0 % bedeutet völlige Gleichverteilung, ein Wert von 100 % besagt, dass sich das gesamte Einkommen oder Vermögen bei einer einzigen Person konzentriert. Diese beiden Extremwert werden aber nie erreicht. Die Werte des Gini-Koeffizienten liegen irgendwo im mittleren Bereich. Je höher dabei dessen Wert ist, desto ungleicher ist die Verteilung. Sehen wir uns nunmehr einige Ergebnisse an:

Tabelle 1

Die Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Vermögensbesitz auf die jeweiligen Arbeitnehmer oder Haushalte 1973 -2003¹⁾ gemessen am Gini-Koeffizienten in %

| Verteilungsebene | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 | 2003 |
|---|------|------|------|------|------|------|------|
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Bezieher) | 29,7 | 29,9 | 30,7 | 31,6 | 31,7 | 39,6 | 42,3 |
| Bruttoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit (Haush.) | 46,3 | 50,6 | 50,0 | 48,0 | 50,3 | 44,4 | x |
| Bruttoeinkommen aus Vermögen (Haushalte) | 58,4 | 55,8 | 55,0 | 51,3 | 52,2 | 42,7 | x |

Anmerkungen:

¹⁾ 1973 – 1993 nur Westdeutschland ohne Ausländer; 1998 und 2003 Gesamtdeutschland einschließlich Ausländer. 1998 und 2003 wurden auch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und unterstellte Sozialbeiträge für Beamte einbezogen.

x = nicht verfügbar

Quellen: Becker/Hauser (2003), Tab. 5.1a, 5.1b, 5.2a, 5.2b, 5.3a, 5.3b und Becker/Hauser (2005), Tab. 3.1.1.1,

Man ersieht aus den Werten des Gini-Koeffizienten in Tabelle 1, dass die Ungleichheit der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in den dreißig Jahren von 1973 bis 2003 stark zugenommen hat. Dies hängt mit der Rückgang der Vollzeit-Normalarbeitsverhältnisse und mit der Zunahme der Teilzeitarbeit und der geringfügigen Beschäftigungen

sowie mit einer Spreizung der Lohnstruktur, d.h. mit zunehmenden Abständen zwischen den Stundenlöhnen, zusammen.

Die Bruttoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit und die Vermögenseinkommen lassen sich nur auf der Haushaltsebene erfassen, da die Aufteilung innerhalb des Haushalts nicht bekannt ist. Die Bruttoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit waren 1973 weit ungleichmäßiger verteilt als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit, aber durch die Zunahme der Ungleichheit bei Letzteren hat sich eine Annäherung ergeben. Die Bruttoeinkommen aus Vermögen waren 1973 am stärksten ungleich verteilt, aber deren Ungleichheit hat abgenommen; dies dürfte auf den zunehmenden Vermögensbesitz in mittleren Schichten zurückzuführen sein, während die unteren 30 % der Haushalte kaum Vermögen angesammelt haben.

In der folgenden Tabelle 2 werden nunmehr die Werte des Gini-Koeffizienten für die fiktive Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen auf alle Personen nachgewiesen.

Tabelle 2

Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen auf die Gesamtbevölkerung von 1973 bis 2003¹⁾, gemessen am Gini-Koeffizienten in %
(EU-Äquivalenzskala)

| Verteilungsebene | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 | 2003 |
|---------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|
| Marktäquivalenzeinkommen auf Personen | 37,8 | 41,9 | 42,3 | 44,4 | 43,5 | 44,9 | 47,2 |

Anmerkung:

¹⁾ 1973 – 1993 nur Westdeutschland ohne Ausländer; 1998 und 2003 Gesamtdeutschland einschließlich Ausländer. 1998 und 2003 wurden auch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und unterstellte Sozialbeiträge für Beamte einbezogen. EU-Äquivalenzskala, die der modifizierten OECD-Skala entspricht.

Quellen: Hauser/Becker (2001), Tab. 6.1.5, und Becker/Hauser (2005), Tab. 3.1.2.3

Zunächst lässt sich feststellen, dass auch die Ungleichheit der Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen sehr hoch ist und dass sie im Zeitablauf deutlich zugenommen hat. Während von 1973 bis 1991 die Erwerbspersonenquote, d.h. der Anteil der Personen, die selbständig oder unselbständig erwerbstätig sein wollen, an der Wohnbevölkerung in Westdeutschland von 44,3 % auf 50,2 % zugenommen hat, nahm die Beschäftigtenquote, d. h. der Anteil der

tatsächlich in Vollzeit oder Teilzeit Beschäftigten nur von 43,8 % auf 48,6 % zu. Im Jahr 2003 lagen diese Werte für Gesamtdeutschland mit 51,0 % und 46,4 % noch weiter auseinander¹. Diese zunehmende Differenz deutet auf die stark gestiegene Arbeitslosigkeit hin, die bei sehr vielen Haushalten zum Ausfall von Markteinkommen geführt hat. Dies ist – neben dem bereits erwähnten Rückgang der „Normalarbeitsverhältnisse - die wichtigste Ursache für die Zunahme der Ungleichheit der Marktäquivalenzeinkommen. Die Spreizung der Lohnstruktur, die ebenfalls zu beobachten war, dürfte einen weit geringeren Einfluss gehabt haben.

Diese Verteilung der Markteinkommen wird nun durch das Wirken der progressiven direkten Steuern und des Systems der sozialen Sicherung modifiziert, um sich dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit wenigstens anzunähern. Die beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme sind dabei überwiegend nach dem Prinzip der versicherungstechnischen Äquivalenz konstruiert, d. h. die von ihnen im Risikofall gewährten Sozialleistungen orientieren sich an den früheren Einkommen bzw. an den davon gezahlten Beiträgen.² Die steuerfinanzierten Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld, Teile des Familienlastenausgleichs) sind dagegen am Bedarfsprinzip orientiert. Sie sollen die gegenwärtige Lage der Anspruchsberechtigten verbessern, sofern die eigenen Einkommen unzureichend sind; in der Regel nehmen diese Sozialleistungen daher oberhalb eines Minimums mit steigendem eigenen Einkommen (und dem Einkommen der Unterhaltspflichtigen) ab und fallen ab einer bestimmten Einkommensgrenze ganz weg.

Das Ergebnis dieser Umverteilungsvorgänge ist das ausgabefähige Einkommen, das so genannte Nettoeinkommen. Es stellt die für Einkommensarmut und Einkommensreichtum entscheidende Größe dar; denn es kann für Konsumgüter ausgegeben oder als Ersparnis für Vermögensbildung verwendet werden. Auch wenn letztlich nicht direkt das Einkommen, sondern der Konsum (und der Besitz von Vermögen) individuellen Nutzen bzw. Wohlfahrt erzeugt, ist es eine unabdingbare Voraussetzung für den Konsum. Mit Hilfe der genannten Äquivalenzskala wird auch hier das Nettoeinkommen der Haushalte auf die Haushaltsmitglie-

¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2004/2005, Tab. 20*.

² Dies gilt insbesondere für die Gesetzliche Rentenversicherung, die Gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Dagegen gewähren die Gesetzliche Krankenversicherung und die Gesetzliche Pflegeversicherung im Risikofall für jeden Betroffenen im Prinzip gleiche Leistungen, obwohl die Finanzierung ebenfalls über einkommensorientierte Beiträge geschieht. In diesen beiden Zweigen der Sozialversicherung wird daher eine beachtliche Umverteilung – sowohl zu Gunsten der Bezieher niedriger Arbeitseinkommen als auch zu Gunsten von beitragsfrei mitversicherten Familienangehörigen – vorgenommen. Diese Umverteilung wird mit dem Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit begründet.

der aufgeteilt, so dass man das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen als Wohlfahrtsindikator erhält.

Die Verteilung des Nettoäquivalenzeinkommen auf alle Personen und die Entwicklung im Zeitablauf seit 1973 geht aus der folgenden Tabelle 3 hervor. In dieser Tabelle sind der arithmetische Durchschnitt der Nettoäquivalenzeinkommen, deren Median³ sowie die Werte des Gini-Koeffizienten aufgeführt. Zum Vergleich werden in der untersten Zeile auch nochmals die Gini-Koeffizienten für die Marktäquivalenzeinkommen aus Tabelle 2 wiederholt.

Tabelle 3

Die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen von 1973 bis 2003^{1),2)}, gemessen am Gini-Koeffizienten in %

(EU-Äquivalenzskala)

| Verteilungsebene | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 | 2003 |
|--|------|------|------|-------|-------|-------|-------|
| Arithm. Mittel (Euro pro Monat) | 605 | 826 | 1063 | 1.202 | 1.592 | 1.541 | 1.740 |
| Median (Euro pro Monat) | 539 | 738 | 960 | 1.084 | 1.407 | 1.375 | 1.564 |
| Gini-Koeffizient | 24,2 | 24,2 | 24,6 | 25,0 | 26,2 | 25,5 | 25,7 |
| Zum Vergleich: Gini-Koeffizient für Marktäquivalenzeinkommen | 37,9 | 41,9 | 42,3 | 44,4 | 43,5 | 44,9 | 47,2 |

Anmerkungen:

¹⁾ DM-Beträge rückwirkend in Euro umgerechnet.

²⁾ Angaben 1973 bis 1993 nur Westdeutschland, 1998 und 2003 Gesamtdeutschland; Einbeziehung der in Deutschland lebenden Ausländer nur für die Jahre 1998 und 2003, ansonsten nur deutsche Haushalte.

Quellen: Hauser/Becker (2001), Tab. 6.1.7 sowie Becker/Hauser (2005), Tab. 3.1.3.3.

Aus der Tabelle 3 geht hervor, dass das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen in Westdeutschland in dem Zeitraum von 1973 - 1993 auf das 2,6-fache angestiegen ist. Allerdings ist dabei die inflationäre Preisniveausteigerung noch nicht herausgerechnet. Da sich der Preisniveauindex (1995 = 100 %) in diesem Zeitraum von 48,1 % auf 95,8 % fast verdoppelte, hat sich das Nettoäquivalenzeinkommen pro Kopf, real gesehen, lediglich auf etwa das

³ Der Median ist das Einkommen jener Person, die bei einer Anordnung aller Personen vom niedrigsten zum höchsten Einkommen genau in der Mitte liegt; der Median teilt also die Bevölkerung in zwei gleiche Hälften.

1,3-fache erhöht. In Gesamtdeutschland ist im Zeitraum von 1998 bis 2003 das durchschnittliche reale Nettoäquivalenzeinkommen um etwa 6 % weiter gestiegen. Der Median hat sich parallel zum arithmetischen Mittel entwickelt.

Die in Tabelle 3 aufgeführten Werte des Gini-Koeffizienten zeigen eine beachtliche Ungleichheit der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen an. Außerdem wird ein leichter Trend zur Zunahme der Ungleichheit sichtbar. Diese leichte Zunahme der Ungleichheit hat sich aber stärker durch relative Einkommensverluste im untersten Bereich als durch Zuwächse im obersten Bereich vollzogen. Wenn man bedenkt, dass in Westdeutschland bis etwa 1973 bei einer Arbeitslosenquote von 1,2 % praktisch Vollbeschäftigung herrschte und erst danach die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 1993 in Stufen bis auf 6,3 % anstieg, dann ist die geringe Zunahme der Ungleichheit der Nettoäquivalenzeinkommen erstaunlich. In dem Zeitraum von 1998 bis 2003 stieg in Gesamtdeutschland die Arbeitslosigkeit bis auf 11,6 % weiter an, während die Ungleichheit nur geringfügig zunahm. Der Sozialstaat hat also die Auswirkungen der wirtschaftlichen Konjunktur- und Wachstumsschwankungen auf die Bevölkerung weitgehend aufgefangen. Ob diese in Ost- wie Westdeutschland immer noch starke Auffangwirkung des Sozialstaats aufrecht erhalten bleibt, ist eine offene Frage; denn jüngere Untersuchungen zeigen, dass seine ausgleichende Wirkung wegen der verschiedenen Kürzungsmaßnahmen in den 90er Jahren abgenommen hat.⁴ Auch ist auf mittlere Sicht durch die Hartz-Reform und die Rentenreform eine weitere Abschwächung der ausgleichenden Wirkung des Sozialstaats zu erwarten.

Allerdings darf man diese geringe Zunahme der Ungleichheit auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht dahingehend missverstehen, dass sich auch für die einzelnen Personen kaum etwas geändert hätte. Vielmehr herrscht eine große Einkommensmobilität. Die einkommensmäßigen relativen Auf- und Abstiege, die während dieser Zeit in großer Zahl vorkamen, haben sich lediglich gegenseitig weitgehend kompensiert. Dies bedeutet, dass sich die Struktur der „Plätze“ in der Einkommenshierarchie nur wenig geändert hat, dass aber die Inhaber dieser „Plätze“ ständig wechselten. Dies gilt stärker im unteren Einkommensbereich als im obersten.⁵ Wir haben in Deutschland keineswegs eine immobile Gesellschaft, wie in populären Thesen immer wieder behauptet wird.

⁴ Vgl. Becker/Hauser (2005).

⁵ Vgl. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht (2005), Teil A, Abschn. I.2.1

4. *Ein Vergleich der Ungleichheit der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen und der Nettovermögen.*

Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht zeigt auch, dass die Nettovermögen der Haushalte noch viel ungleichmäßiger verteilt sind, als die Nettoeinkommen der Personen. Während der Gini-Koeffizient für die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen im Jahr 2003 25,7 % betrug, belief sich dieses Maß für die Verteilung der Nettovermögen auf die Haushalte auf 67,5 %, also auf mehr als das Doppelte⁶. Dabei sind noch nicht einmal alle Vermögensbestandteile erfasst; denn die im Armuts- und Reichtumsbericht nachgewiesenen Nettovermögen bestehen nur aus der Summe der in Geldeinheiten ausgedrückten Forderungen (Bankguthaben, Wertpapiere (einschließlich börsenmäßig gehandelter Aktien,), Investmentfondsanteile, Lebensversicherungen usw.) und dem Wert des Haus- und Grundbesitzes abzüglich der Schulden (Konsumentenkredite, Hypotheken, Bauspardarlehen usw.). Die Eigentumsrechte an Einzelunternehmen, Personengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und an den Praxisausstattungen von Freiberuflern konnten nicht erfasst werden. Ebenso wenig wird das Gebrauchsvermögen der Haushalte (Kleidung, Wohnungsausstattung, Kraftfahrzeuge, Schmuck, Kunstgegenstände) einbezogen.

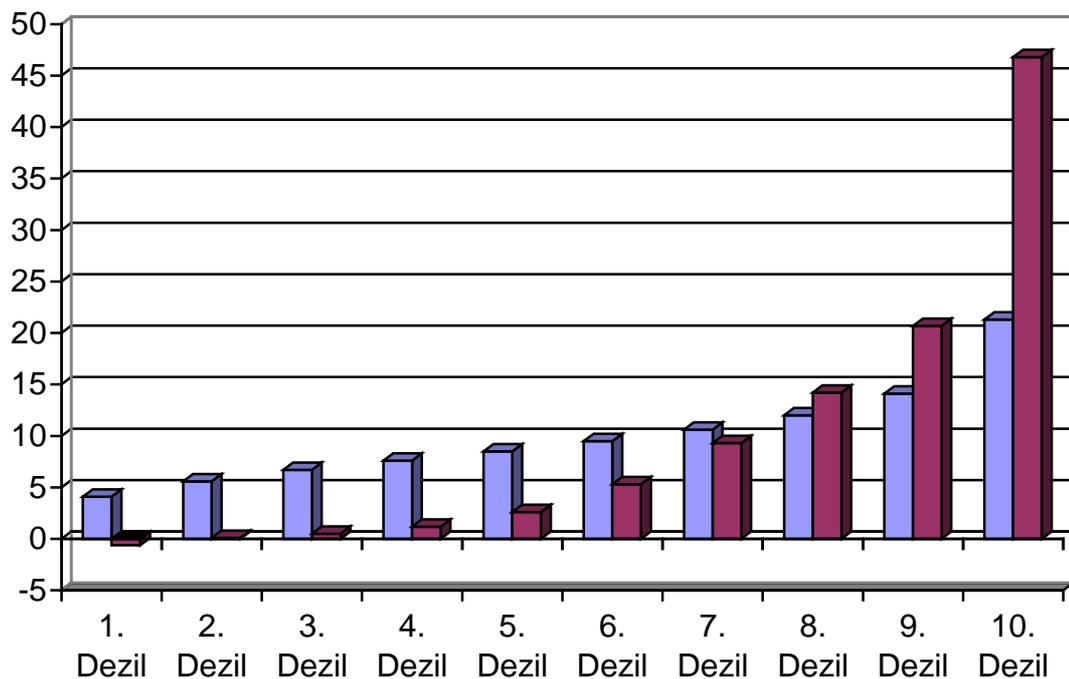
Die Unterschiede in der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen und der Nettovermögen auf Haushalte werden besonders deutlich, wenn man die so genannten Dezilsverteilungen graphisch vergleicht. Als Dezilsverteilung bezeichnet man dabei den Anteil eines Zehntels (Dezils) der Personen bzw. Haushalte an der Gesamtgröße, wobei die Personen bzw. Haushalte wieder nach der Höhe ihres Nettoäquivalenzeinkommens bzw. Nettovermögens angeordnet sind. Bei einer Gleichverteilung würde jedes Zehntel der Personen bzw. Haushalte auch einen Anteil von einem Zehntel am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen bzw. Nettovermögen besitzen. Die folgende Abbildung 2 zeigt die Unterschiede:

⁶ Eine Zunahme der Ungleichheit der Verteilung der Nettovermögen von 1973 bis 2003 lässt sich nicht nachweisen. Die Gini-Koeffizienten für Westdeutschland, die allerdings wegen verschiedener Berechnungsverfahren nicht voll vergleichbar sind, betragen 74,8 % (1973), 70,1 % (1983), 66,8 % (1988), 62,2 (1993) und 64,0 % (1998); In den neuen Bundesländern lagen die Gini-Koeffizienten 1993 bei 69,4 % und 1998 bei 67,6 %. Vgl. Hauser (2003).

Man erkennt aus dieser Abbildung 2, dass das unterste Dezil ein negatives Nettovermögen hat, d.h. dass die Schulden überwiegen.⁷ Dabei ist allerdings zu bedenken, dass das Gebrauchsvermögen, das teilweise über Kredit finanziert wurde, nicht erfasst ist. Selbst die unteren drei Dezile der Haushalte besitzen fast kein Nettovermögen, während ihr Anteil am Nettoäquivalenzeinkommen immerhin 14,4 % beträgt. In Bezug auf Vermögen gilt also immer noch die zugespitzte Formulierung von Glotz, dass wir in einer Zwei-Drittel-Gesellschaft leben. Die Ungleichheit der Vermögensverteilung wird besonders deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass auch die untere Hälfte aller Haushalte nur 4 % des gesamten Nettovermögens besitzt. Demgegenüber kommt das oberste Dezil auf einen Anteil am Nettovermögen von 46,8 %.

Abbildung 2

Dezilsverteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen und der Nettovermögen auf Haushalte in Gesamtdeutschland im Jahr 2003



Anmerkung:

Anteil des Nettoäquivalenzeinkommens (hell) bzw. des Nettovermögens (schwarz) eines Dezils am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen bzw. Nettovermögen

Quelle: Becker/Hauser (2005), Tab. 3.1.3.1 und Bundesregierung (2005), Tab. I.9.

⁷ Inwieweit dabei Überschuldung vorliegt, wird in Teil A, Abschn. I.4 des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts (2005) untersucht.

Über Reichtumsgrenzen besteht weder in der Wissenschaft noch in der Politik Einigkeit. Daher lege ich als Reichtumsgrenze pragmatisch das Doppelte des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens und auch das Doppelte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Nettovermögens fest. Dies ist zumindest eine präzise Messlinie. Wegen der bestehenden Unsicherheit verwendet der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht mehrere Reichtumsgrenzen. Aber dies zu kommentieren, würde hier zu weit führen.⁸

Allerdings besteht keine völlige Deckungsgleichheit zwischen Einkommensreichtum und Vermögensreichtum. Der Anteil der Personen, die gleichzeitig einkommensreich und vermögensreich sind, ist deutlich geringer als die Anteile derjenigen die als einkommensreich oder als vermögensreich charakterisiert werden können; dies geht aus der folgenden Tabelle 4 hervor:

Tabelle 4

Der Anteil der einkommensreichen¹⁾ und der vermögensreichen²⁾ Personen an der Bevölkerung in Gesamtdeutschland in den Jahren 1998 und 2003
- in Prozent -

| Abgrenzungskriterium | 1998 | 2003 |
|---------------------------------|------|------|
| Einkommensreiche | 4,5 | 4,4 |
| Vermögensreiche | 6,6 | 5,6 |
| Reich an Einkommen und Vermögen | 3,0 | 2,6 |

Anmerkungen:

¹⁾ Einkommensreich ist abgegrenzt bei 200 % des arithmetischen Mittels des Nettoäquivalenzeinkommens unter Bezugnahme auf die alte OECD-Äquivalenzskala. Diese alte OECD-Skala verleiht weiteren Personen im Haushalt höhere Gewichte als die neue OECD-Äquivalenzskala. Sie entspricht eher den in Deutschland vorherrschenden sozialpolitischen Regelungen für größere Haushalte.

²⁾ Vermögensreich ist abgegrenzt bei 200 % des arithmetischen Mittels des Pro-Kopf-Nettovermögens.

Quelle: Becker/Hauser (2005), Tabelle 3.4.2.1

Bei der Interpretation dieser Tabelle muss man berücksichtigen, dass die zugrunde liegende statistische Datenquelle, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes eine obere Abschneidegrenze von € 18.000,- Haushaltsnettoeinkommen pro Monat

⁸ Vgl. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht (2005), Teil A, Abschn. I.2.6

zugrunde legt. Haushalte mit höherem Einkommen werden nicht erfasst. Da in einer Periode steigender Nominaleinkommen und Nominalvermögen immer mehr Haushalte diese fixe Grenze überschreiten, geht der Anteil der Reichen *scheinbar* zurück. Wenn man weiter bedenkt, dass wichtige Vermögensarten nicht erfasst sind, kann man sagen, dass die Anteile in Tabelle 4 Untergrenzen der „wahren“ Werte darstellen. Auf Basis anderer Untersuchungen mit der Steuerstatistik dürfte der Anteil der gleichzeitig Einkommens- und Vermögensreichen - grob geschätzt - bei etwa 4 % der Bevölkerung liegen.

5. Ergebnisse zur Entwicklung der Einkommensarmut

Armut liegt vor, wenn eine Person nicht einmal ein sozio-kulturelles Existenzminimum erreicht. Dann ist keine angemessene Teilhabe an der Gesellschaft mehr möglich. Man wird ausgegrenzt. Armut betrifft viele Dimensionen der Lebenslage: Ernährungszustand, Bekleidung, Wohnung und Wohnumgebung, Gesundheitszustand, Verfügbarkeit eines Arbeitsplatzes, Bildungs- und Ausbildungsstand, Absicherung gegen soziale Risiken, Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung und zur räumlichen Mobilität, Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation, Schutz gegen Kriminalität. Für viele dieser Dimensionen ist Einkommen eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Voraussetzung. Daher wird in der Europäischen Union die Armutsrisikoquote nunmehr als der Bevölkerungsanteil definiert, der mit weniger als 60 % des Medians des äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens auskommen muss.

Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung besagt noch nichts über das Ausmaß an Armut, das in einer Gesellschaft herrscht. Die Vermeidung von Armut und von sozialer Ausgrenzung sind aber gewichtige Ziele des Sozialstaats, die inzwischen auch in den EU-Verträgen fixiert sind. Im Prinzip ist es in einer reichen Gesellschaft – wie Deutschland – möglich, über Sozialleistungen die Markteinkommen derart umzuverteilen, dass allen ein Mindestnettoeinkommen in Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums zukommt. Die Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt), das Arbeitslosengeld II und die bedarfsorientierte Grundsicherung für Alte und dauerhaft Erwerbsunfähige sind steuerfinanzierte Sozialleistungen, die dies gewährleisten sollen. Voraussetzung ist, dass sie hoch genug sind und dass alle Berechtigten sie in Anspruch nehmen. Gemessen an der Armutsrisikogrenze von 60 % des Medians sind diese Sozialleistungen aber nicht hoch genug; außerdem ist die Inanspruchnah-

me unvollständig, so dass eine Dunkelziffer besteht. Deswegen besteht Einkommensarmut in Deutschland, wie die folgende Tabelle 5 zeigt:

Aus Tabelle 5 gehen für Westdeutschland die Armutsquoten von 1973 bis 1993 und für Gesamtdeutschland die Quoten für 1998 und 2003 hervor. Es ist zu erkennen, dass 2003 in Gesamtdeutschland etwa jede siebte Person unterhalb der 60 %-Grenze lag, d.h. sich in Einkommensarmut befand. Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung ist in Westdeutschland von 1973 bis 1993 kontinuierlich um nahezu die Hälfte auf 12,0 % angestiegen. Von 1993 bis 2003 setzte sich dieser Anstieg in Gesamtdeutschland fort, wobei sich die Armutsquoten von West- und Ostdeutschland immer mehr annäherten.

Tabelle 5

Armutsquoten¹⁾ für Westdeutschland²⁾ 1973 – 1993 und für Gesamtdeutschland³⁾ 1998 -2003
(EU-Äquivalenzskala)
- in Prozent -

| Armutsquoten | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 | 2003 |
|--------------|------|------|------|------|------|------|------|
| Armutsquote | 8,7 | 9,0 | 11,0 | 11,8 | 12,0 | 12,1 | 13,5 |

Anmerkungen:

¹⁾ Die Armutsquoten sind definiert als die Zahl der Personen unter der Armutsgrenze im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Als Armutsgrenze werden 60 % des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens verwendet. Für einen Ein-Personen-Haushalt betrug die Armutsgrenze im Jahr 2003 € 938,00 pro Monat. Die Armutsgrenzen für größere Haushalte ergeben sich durch Multiplikation mit der Summe seiner Äquivalenzgewichte.

²⁾ Die Angaben für Westdeutschland umfassen lediglich die deutsche Bevölkerung; dabei wird der westdeutsche Durchschnitt verwendet.

³⁾ Die Angaben für Gesamtdeutschland umfassen Deutsche und Ausländer; dabei wird der gesamtdeutsche Median verwendet.

Quellen: Hauser/Becker (2001), Tab. 7.1.2 sowie Becker/Hauser (2005) Tab. 3.2.1.2.

Generell sind auch Ausländer stärker von Armut betroffen als Deutsche. Dies hängt damit zusammen, dass Ausländer höhere Arbeitslosigkeitsquoten aufweisen und einen höheren Anteil von gering qualifizierten Personen aufweisen.⁹

Allerdings darf dieser hohe Anteil von etwa einem Achtel der Bevölkerung nicht dahingehend missverstanden werden, dass alle Betroffenen dauerhaft in Armut lebten.¹⁰ Einerseits gelingt vielen Personen und Haushalten nach kürzerer oder längerer Zeit wieder der Aufstieg, ande-

⁹ Vgl. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht (2005), Teil A, Abschn. IX

¹⁰ Vgl. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht (2005), Teil A, I.2.4

rerseits sinken andere Personen unter die Armutsgrenze ab. Das Risiko, arm zu werden, hat sich inzwischen bis in die Mittelschichten ausgebreitet. Auch der Anteil der über lange Lebensphasen oder sogar dauerhaft Armen ist angestiegen. Diesen Anteil kann man auf etwa 2 % - 3 % der Bevölkerung schätzen. Kinder sind in ihren Entwicklungsmöglichkeiten besonders betroffen, wenn Armut bei den Eltern lange anhält. Dies gilt verstärkt für Alleinerziehende.

Die Armutsquoten einzelner Personengruppen weichen deutlich von der auf die Gesamtbevölkerung bezogenen Quote ab. Dies geht aus Tabelle 6 hervor. Betrachten wir zunächst die linke Spalte, so sehen wir, dass alleinstehende Männer und Frauen, aber auch Familien mit drei Kindern und Alleinerziehende überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Bei den Altersgruppen sind es insbesondere Kinder und junge Erwachsene.

Dieser Eindruck bedarf jedoch der Korrektur; denn die Ergebnisse hängen stark von der von der Europäischen Union vorgeschriebenen Äquivalenzskala ab, die den weiteren Personen im Haushalt nur geringe Gewichte zuweist. Verwendet man die alte OECD-Äquivalenzskala, die den in Deutschland vorherrschenden institutionellen Gegebenheiten besser entspricht¹¹ (rechte Spalte), so zeigt sich ein anderes Bild. Die Betroffenheit der alleinstehenden Männer und Frauen erscheint niedriger, während die Betroffenheit von Familien mit Kindern und von Alleinerziehenden deutlich höher ist. Auch Kinder erweisen sich nunmehr als besonders stark betroffen – ein Faktum, das aus der Sozialhilfestatistik seit langem bekannt ist.¹² Es hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Verschiebung der Armutsbetroffenheit von den Alten, insbesondere den alten Frauen, zu den Kindern und Jugendlichen ergeben. Man bezeichnet dies als *Infantilisierung der Armut*.

¹¹ Vgl. Faik, J. (1997)

¹² Vgl. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht (2005), Teil A, Abschn. II.2.2

Tabelle 6

Gruppenspezifische Armutsquoten¹⁾ in Gesamtdeutschland im Jahr 2003 anhand von zwei unterschiedlichen Äquivalenzskalen

| Armutsquoten (in Prozent) | EU-Skala ²⁾ | Alte OECD- Skala ³⁾ |
|------------------------------|------------------------|-----------------------------------|
| <i>Haushaltstypen:</i> | | |
| Ein-Personen-Haushalte | | |
| - Männer | 22,5 | 15,0 |
| - Frauen | 23,0 | 13,6 |
| Paare ohne Kinder | 9,1 | 8,1 |
| Paare mit 1 Kind | 14,6 | 15,1 |
| Paare mit 2 Kindern | 8,6 | 11,8 |
| Paare mit 3 u. m. K | 13,9 | 19,8 |
| Alleinerziehende | 35,4 | 36,4 |
| <i>Altersgruppen</i> | | |
| bis 15 Jahre | 15,0 | 18,6 |
| 16-24 Jahre | 19,1 | 19,0 |
| 25-49 Jahre | 13,5 | 13,5 |
| 50-64 Jahre | 11,5 | 9,8 |
| 65 Jahre und älter | 11,4 | 7,5 |
| <i>Gesamtbevölkerung</i> | 13,5 | 13,1 |

Anmerkungen:

¹⁾ Die Armutsquoten sind definiert als die Zahl der Personen in der jeweiligen Haushaltsform oder Altersgruppe unter der Armutsgrenze im Verhältnis zur Gesamtzahl der Personen in der jeweiligen Kategorie. Als Armutsgrenze werden 60 % des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens verwendet.

²⁾ Die EU-Äquivalenzskala gewichtet, die erste Person im Haushalt mit 1,0, weitere Personen über 14 Jahren mit 0,5 und jüngere Kinder mit 0,3.

³⁾ Die alte OECD-Äquivalenzskala gewichtet die erste Person im Haushalt mit 1,0, weitere Personen über 14 Jahren mit 0,7 und jüngere Kinder mit 0,5.

Quelle: Becker/Hauser (2005), Tabellen 3.2.2.4, 3.2.2.3, 3.2.2.5 und 3.2.2.6

Der Bericht enthält auch einen umfangreichen Abschnitt über die Armut unter den Migranten.¹³ Ohne dass hier weitere Zahlen genannt werden, kann man festhalten, dass Migranten überdurchschnittliche Quoten bei der Armut, bei der Arbeitslosigkeit, bei der hohen Wohnkostenbelastung und bei den Schulabbrechern sowie in den unteren Bildungsrängen aufweisen.

¹³ Vgl. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht (2005), Teil A, Abschn. IX.2, IX.3, IX.6

6. *Extreme Armut*

Obdachlose leben ganz überwiegend in extremer Armut. Ihre Handlungsspielräume sind in gravierender Weise und längerfristig extrem eingeschränkt. Selbst die Sicherung der Grundbedürfnisse in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Wohnung und Gesundheitsversorgung ist vielfach gefährdet. Häufig liegt eine Mehrfach-Betroffenheit durch Problemlagen vor. Die Armutslage ist häufig dauerhaft verfestigt. Hilfsangebote erreichen viele in extremer Armut lebende Personen nicht. Starke sozialer Ausgrenzung ist die Folge. Verlässliche statistische Angaben sind kaum zu ermitteln. Schon die Abgrenzung der als obdachlos oder wohnungslos zu bezeichnenden Personen ist schwierig. Die Schätzungen über die Anzahl von wohnungslosen Personen zeigen einen beträchtlichen Rückgang von 530.000 (1998) auf 310.000 (2003). Der Anteil der Frauen beträgt etwa ein Viertel. Schätzungen gehen überdies von einer Zahl von 5.000 bis 7.000 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus, die über längere Zeit keine oder nur noch geringe andere Anbindungen als an die Straße haben. Diese extreme Armut steht häufig am Ende eines Abstiegs, der mit Wohnungsräumung, Familienstreit, Strafentlassung oder Suchtmittelgebrauch beginnt.

7. *Ergebnisse in Bezug auf verdeckte Armut*

Als „verdeckt arm“ bezeichnet man Personen, die nach dem Gesetz einen Anspruch auf Sozialhilfe oder Bedarfsabhängige Grundsicherung besitzen, ihn aber aus verschiedenen Gründen nicht geltend machen. Verdeckt arm heißt also, dass die betroffenen Personen mit einem Einkommen auskommen müssen, das noch unter den bereits sehr knappen Sozialhilfesätzen liegt. Nach Einführung des Arbeitslosengeldes II wird es auch Fälle geben, die diese neue Grundsicherungsleistung nicht in Anspruch nehmen. Dies kann man jetzt aus Mangel an statistischen Erhebungen noch nicht feststellen.

Anstelle der Bezeichnung „verdeckte Armut“ wird häufig auch von einer „Dunkelziffer der Armut“ gesprochen. Diese Dunkelziffer ergibt sich aus dem Verhältnis der Zahl der verdeckt Armen zu den tatsächlich Sozialhilfe beziehenden Personen. Eine Dunkelziffer von 100 % bedeutet also, dass auf einen Sozialhilfeempfänger eine weitere Person kommt, die einen Anspruch hat, ihn aber nicht geltend macht. Eine Dunkelziffer von 50 % bedeutet, dass auf zwei Sozialhilfeempfänger ein Berechtigter kommt, der seinen Anspruch nicht geltend macht.

Was sind nun die Ergebnisse zur Dunkelziffer? Man kann hierfür nur eine Spannweite angeben, weil verdeckte Phänomene grundsätzlich nur ungenau zu erfassen sind. Nach neuesten Schätzungen (Becker/Hauser 2005) liegt die Dunkelziffer zwischen 50 % und gut 100 %. Von 1993 bis 2003 scheint diese Dunkelziffer leicht zugenommen zu haben. Auch wenn der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an der unteren Grenze bleibt und nur eine Spannweite von 50 % bis 70 % nennt, so muss man doch konstatieren, dass auch dies für einen Sozialstaat viel zu hohe Werte sind. Aufgrund dieser Dunkelziffer spart der Sozialstaat bei den Ärmsten mehrere Milliarden ein, weil er nicht durch Informationskampagnen und aufsuchende Sozialarbeit das Problem in Angriff nimmt. Diese nicht dem Geist des Gesetzes entsprechenden Einsparungen sind immer mit zu bedenken, wenn von Missbrauchsfällen die Rede ist, bei denen der Sozialstaat mehr ausgibt, als dem Gesetz entspricht.

Nach den Ergebnissen der Caritas-Untersuchung¹⁴ und unserer neuesten Studie zur verdeckten Armut¹⁵ sind die Hauptgründe für die Nicht-Inanspruchnahme:

- Unkenntnis der Anspruchsbedingungen;
- Falsche Informationen (z.B. dass Sozialhilfe grundsätzlich selbst zurückgezahlt werden müsse);
- Furcht, dass Verwandte zur Rückzahlung herangezogen werden und dies zu einer Störung der Familienbeziehungen führt;
- Furcht vor Stigmatisierung als Sozialhilfeempfänger, die durch die öffentliche Diskussion über vereinzelte Missbrauchsfälle und polemische Formulierungen, wie „sich in der sozialen Hängematte ausruhen“ verstärkt wird;
- Stolz oder Scham, den Staat in Anspruch zu nehmen;
- ein nur geringfügiger Aufstockungsanspruch, der dem Aufwand der Antragstellung und der Offenlegung aller privaten Verhältnisse gegenübersteht.

Seit der Einführung der bedarfsorientierten Grundsicherung am 1.1.2003 ist zumindest die Heranziehung von Unterhaltsverpflichteten für die Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt weitestgehend ausgeschlossen. Ob dies die Dunkelziffer bei den Alten und Erwerbsunfähigen reduziert, muss abgewartet werden. Auch die Einführung des Arbeitslosengeldes II könnte die Dunkelziffer unter den ehemaligen Beziehern sehr niedriger Arbeitslosenhilfe, die keine Aufstockung durch die Sozialhilfe in Anspruch genommen hatten, verringern. Ähnliches gilt für

¹⁴ Hauser, Hübinger (1993)

¹⁵ Becker, Hauser (2005)

die Bezieher des neuerdings eingeführten Kindergeldzuschlags. Statistische Nachweise werden aber noch Jahre auf sich warten lassen.

8. *Ausgewählte Ergebnisse in Bezug auf andere Aspekte der Lebenslage*

Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beruht auf dem theoretischen Ansatz des Nobelpreisträgers Amartya Sen, der auf die Teilhabe- und Verwirklichungschancen (capabilities) der Gesellschaftsmitglieder abstellt. Dieser Ansatz betont die Chancen für die künftige individuelle Entwicklung und Teilhabe, die aber selbstverständlich auch von der gegenwärtig gegebenen Lebenslage abhängen. Als besonders wichtige Einflussfaktoren gelten dabei die Wohnsituation, der Bildungs- und Ausbildungsstand, der Gesundheitszustand und die Gesundheitsversorgung sowie das Problem der Überschuldung, d.h. nicht nur das Fehlen von Nettovermögen, sondern die Belastung durch Schulden, deren Verzinsung und Rückzahlung kaum oder gar nicht möglich ist, ohne dass der Schuldner und seine Familie unter das Existenzminimum absinken. Auch zu diesen Dimensionen der Lebenslage und der künftigen Chancen stellt der Bericht Material zur Verfügung. Diese umfangreichen Kapitel können hier nicht wiedergegeben werden. Nur einige Schlüsselzahl zu jeder Dimension seien genannt:¹⁶

Etwa 7,5 % der Schulabgänger besitzen keinen Schulabschluss;¹⁷ darunter sind Ausländer, auch wenn sie in Deutschland geboren sind, weit überproportional vertreten. Die Anzahl der (funktionalen) Analphabeten in der Erwachsenenbevölkerung über 15 Jahre wird auf 500.000 bis 1.900.00 Personen geschätzt.

Der Anteil der Haushalte ohne Sammelheizung oder Bad/Dusche liegt bei ca. 5 %. Die durchschnittliche Mietkostenbelastung (Bruttokaltmiete nach Abzug des Wohngeldes) beläuft sich einkommensschwachen Mietern auf 28,6 % (West) bzw. 25,9 % (Ost). Dabei besteht jedoch eine große Streuung, so dass auch Mietkostenbelastungen von mehr als 40 % keine Seltenheit sind. Etwa 10 % der Haushalte sind in ihren Wohnungen einer starken Lärmbelastung ausgesetzt.

¹⁶ Vgl. die Zusammenfassungen der einzelnen Kapitel.

¹⁷ Errechnet aus den Angaben in Tabelle IV.1 des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts (2005)

Erwachsene im Armutsbereich haben häufiger gesundheitliche Probleme als die übrigen Haushalte. Gesundheitliche Einschränkungen gehen häufig mit Arbeitslosigkeit einher. Der Anteil der nicht durch eine Krankenversicherung vor Krankheitskosten Geschützten nimmt wieder zu. Schätzungen zeigen einen Anstieg von 100.000 auf 300.000 Personen. Schwerbehinderte weisen eine höhere Arbeitslosenquote auf als Nicht-Behinderte. Ihre Armutsquote liegt aber unter derjenigen der nicht behinderten Personen.

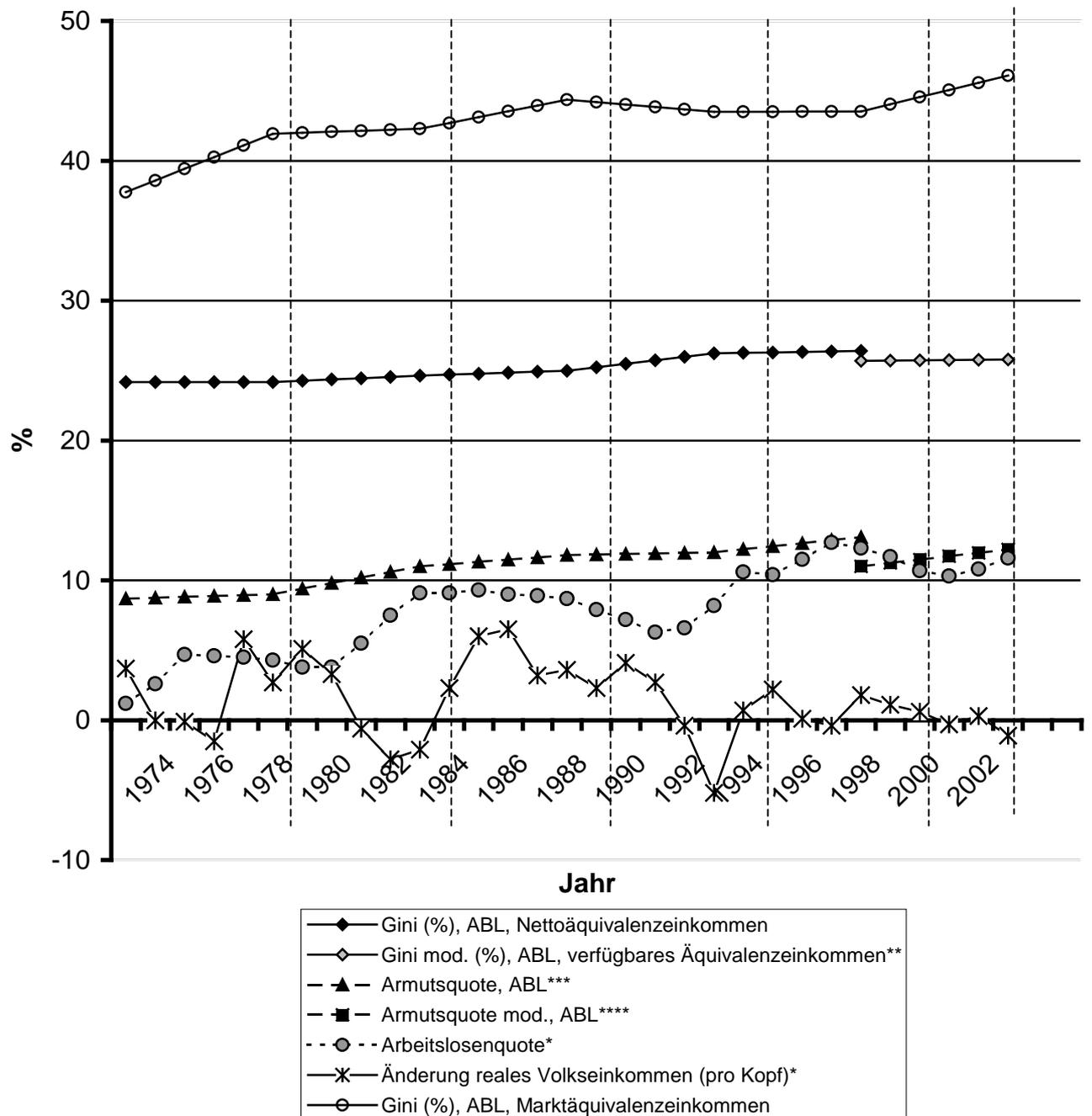
9. Eine Zusammenfassung der Entwicklungstrends

Am Ende dieses Überblicks kommen wir nochmals auf unsere Hauptthese zurück. In der folgende Abbildung 3 werden verschiedene Indikatoren für die Ungleichheit der Einkommensverteilung in Westdeutschland der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren gegenübergestellt. Dabei wurde die Entwicklung der drei Indikatoren für die Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen, der Nettoäquivalenzeinkommen und der Armutsquote zwischen den Stichjahren der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (senkrechte, gepunktete Linien) interpoliert, während für die beiden gesamtwirtschaftlichen Indikatoren (Arbeitslosenquote und prozentuale Änderung des realen Volkseinkommens pro Kopf) Jahresangaben verwendet wurden. Ab 1994 beziehen sind die Angaben für die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren auf Gesamtdeutschland.

Wie zu erkennen ist, stieg die Arbeitslosenquote in Perioden konjunktureller Abschwünge in mehreren Stufen an und sank bei den folgenden konjunkturellen Aufschwüngen wieder ab, ohne aber das Ausgangsniveau wieder zu erreichen; vielmehr verharrte sie von Phase zu Phase auf einem höheren Niveau, bevor ein neuer Anstieg begann. Die Zuwachsrate des realen Volkseinkommens pro Kopf bewegte sich gegenläufig. Während sie aber in den Aufschwungsphasen bis kurz nach der Wiedervereinigung noch beachtliche positive Werte erreichte, waren die Zuwächse ab Mitte der 90er Jahre nur noch gering. Mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Jahren folgte auf die Zunahme der Arbeitslosenquote ein Anstieg der Ungleichheit der Marktäquivalenzeinkommen, der allerdings wesentlich gedämpfter verlief. Auf der Ebene der Nettoäquivalenzeinkommen zeigte sich ein noch stärker gedämpfter Anstieg der Ungleichheit, wobei es auch nur noch geringe Schwankungen um den steigenden Trend gab. Etwas stärker war der Anstieg der Armutsquote, wobei es sich ebenfalls um einen trendmäßigen Anstieg ohne große Schwankungen handelte.

Abbildung 3

Gesamtwirtschaftliche und Verteilungsindikatoren (Bezug: neue OECD-Skala),
1973-2003, Westdeutschland



* Bis 1993: Westdeutschland, danach: Gesamtdeutschland.

** Modifiziertes Erhebungs- und Einkommenskonzept

*** Armutsgrenze: 60% des westdeutschen Median der Nettoäquivalenzeinkommen

**** Armutsgrenze: 60% des gesamtdeutschen Median der verfügbaren Äquivalenzeinkommen (modifiziertes Erhebungs- und Einkommenskonzept)

Man kann also seit 1973 eine kontinuierliche, wenn auch nicht sehr stark ausgeprägte Entwicklung hin zu mehr Ungleichheit konstatieren. Ein deutlicher Strukturbruch hin zu einem stärker steigenden Trend zunehmender Ungleichheit, der etwa ab dem Jahr 2000 auf Grund von vielfältigen Einzelbeobachtungen vermutet werden könnte, lässt sich bisher aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive nicht feststellen.

Literatur

- Becker, Irene, Hauser Richard (2003), Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969-1998, Berlin (edition sigma)
- Becker, Irene, Hauser, Richard (2004), Soziale Gerechtigkeit – eine Standortbestimmung. Zieldimensionen und empirische Befunde, Berlin (edition sigma)
- Becker, Irene, Hauser, Richard (unter Mitarbeit von P. Krause, M. Grabka, B. Mattil, K. Kortmann) (2005), Verteilung der Einkommen 1999 – 2003, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn (Eigenverlag)
- Becker, Irene, Hauser Richard (unter Mitarbeit von K. Kortmann, T. Mika und W. Strengmann-Kuhn) (2005), Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen, Berlin (edition sigma) (im Druck)
- Bundesregierung (2001), Lebenslagen in Deutschland. Der 1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn (Eigenverlag)
- Bundesregierung (2005), Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn (Eigenverlag)
- Faik, Jürgen (1997), Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen – Eine Modifizierung des Sozialhilfeskala, in: Becker, Irene, Hauser, Richard (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt am Main/New York (Campus)
- Hauser, Richard (2003), The Development of the Distribution of Income and Wealth in Germany –an Overview, in: Richard Hauser, Irene Becker (eds.), Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View, Berlin u.a., S. 7-28 (Springer)
- Hauser, Richard, Hübinger, Werner (1993), Arme unter uns, Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung, hrsg. vom Deutschen Caritasverband, 2. Aufl. Freiburg (Lambertusverlag)
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2004/2005, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2003a), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen und Einkommensarten 1991 – 2002, Arbeitsunterlage, August 2003, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2003b), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Nettoeinkommen und Zahl der Haushalte nach Haushaltsgruppen 1991 – 2002, Arbeitsunterlage, August 2003, Wiesbaden

Stein, Holger (2004), Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1998, Berlin (edition sigma)